

Kommission für soziale  
Sicherheit und Gesundheit  
des Ständerates  
CH-3003 Bern

Luzern, den 24. Januar 2020

## **indirekter Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative**

Sehr geehrte Ständerätinnen und Ständerate

Wie Ihnen zweifellos bekannt ist, werden wir in den nächsten Jahren tausende von zusätzlichen Pflegefachkräften benötigen, um die Gesundheitsversorgung in der Schweiz nicht zu gefährden. Leider ist es bisher den Betrieben und Ausbildungsstätten trotz grosser Anstrengungen nicht gelungen, die notwendige Zahl von Pflegefachkräften selber auszubilden. Noch immer sind unsere Spitäler, Kliniken, ambulanten Versorgungsorganisationen und Heime darauf angewiesen, eine grosse Anzahl ausgebildeter Fachkräfte im Ausland zu rekrutieren. Um dies zu ändern und die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen, hat der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK – ASI die Volksinitiative für eine starke Pflege (Pflegeinitiative) lanciert.

- 1 Bekanntlich hat der Nationalrat im Dezember 2019 die Pflegeinitiative zu Gunsten des indirekten Gegenvorschlags der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) knapp abgelehnt. Wir bedauern diese Ablehnung, haben jedoch mit Erleichterung festgestellt, dass der Nationalrat mit der Zustimmung zum indirekten Gegenvorschlag den Handlungsbedarf für eine gute pflegerische Versorgung in der Schweiz anerkennt und entsprechende Massnahmen ins Auge fasst. Wir sind ebenfalls erfreut, dass die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates an ihrer Sitzung vom 17. Januar auf den indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative eingetreten ist.

Es ist uns deshalb ein Anliegen, Sie auf einige Punkte im indirekten Gegenvorschlag hinzuweisen, die für uns als Bildungsanbieter von entscheidender Bedeutung sind, damit die im Gegenvorschlag aufgeführten Massnahmen die gewünschte Wirkung erzielen können:

- *Gleichbehandlung der Ausbildungen auf Stufe Höhere Fachschule und Fachhochschule*

Wir sind der Überzeugung, dass das Ziel einer markanten Erhöhung von diplomierten Pflegefachkräften und damit die Deckung des Bedarfs nur mit der Erhöhung von Ausbildungsplätzen auf beiden Stufen erreicht werden kann. Wir bitten Sie deshalb, die vom Nationalrat beschlossene Sonderfinanzierung zur Erhöhung der Ausbildungsplätze weiterhin für beide Bildungsstufen zu bewilligen. Die Höheren Fachschulen leisten bereits heute mit rund 2000 Pflegediplomen pro Jahr einen entscheidenden und zahlenmässig grösseren Anteil als die Fachhochschulen zur Versorgungssicherheit.

- *Beiträge der Kantone*

Es ist für die Bildungsanbieter von grosser Bedeutung, dass neben der Finanzierung von Ausbildungsleistungen durch den Bund auch die Kantone verpflichtet werden, denselben Beitrag zu leisten. Fehlt diese Verpflichtung («kann-Formulierung»), wird es kaum möglich sein, die erforderliche Anzahl Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Wir befürchten zudem in der Umsetzung einen föderalen "Flickenteppich" und zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

- *Attraktivität des Berufsfeldes*

Finanziellen Anreize für Studierende und für Praktikumsorte zur Erhöhung der Anzahl ausgebildeter Fachkräfte sowie mehr Eigenverantwortung für die Pflegenden werden jedoch kaum genügen, um den Bedarf an Pflegefachkräften zu decken. Als Ergänzung dazu braucht es unseres Erachtens zusätzliche Massnahmen, die die Attraktivität des Berufsfelds Pflege erhöhen und damit die Verweildauer im Beruf markant steigern. Zum Beispiel würde eine angemessene Abgeltung von Pflegeleistungen den Betrieben ermöglichen, die Qualität der Arbeitsplätze in der Pflege in Bezug auf Arbeitszeiten, Löhne, Anzahl Patientinnen und Patienten etc. zu verbessern.

Wir bitten Sie, sehr verehrte Ständerätinnen und Ständeräte, den indirekten Gegenvorschlag, wie er vom Nationalrat verabschiedet wurde, zu unterstützen und keine wichtigen Elemente daraus zu verändern.

Sollte es für Sie zielführend sein, stehen wir für Fragen, zum Beispiel im Rahmen eines Hearings, gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen

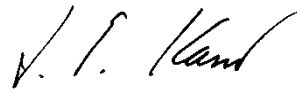
Verband Bildungszentren Gesundheit Schweiz

Jörg Meyer



Präsident

Hans-Peter Karrer



Geschäftsleiter

*Der Verband Bildungszentren Gesundheit Schweiz (BGS) vertritt die Interessen seiner Mitglieder auf nationaler Ebene und ist massgeblicher Ansprechpartner und Interessenvertreter für eidgenössische Behörden und Fachgremien in Fragen und Themen der Bildungs- und Gesundheitspolitik und bei Vernehmlassungen.*

*Unsere Bildungszentren aus der deutschen, französischen und italienischen Schweiz bieten Ausbildungen auf Stufe Höhere Fachschulen und Sekundarstufe II an. Unser Ziel ist es, in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Bildungs- und Gesundheitswesen den Nachwuchs der genannten Bildungsstufen auf hohem Qualitätsniveau zu sichern.*